

27.02.2026

Pressetext

2. Informationsabend zum Windpark Simmozheim

Am 8. März entscheidet Simmozheim in einem Bürgerentscheid, ob die Gemeinde ihre Flächen im Gerechtigkeitswald für die Entwicklung von Windenergieanlagen zur Verfügung stellen soll oder nicht. Der Simmozheimer Verein WaldErhalt e.V. hatte am Donnerstag zu seinem zweiten Informationsabend eingeladen, und Vereinsvorstand Klemens Schmiederer begrüßte in der gut besetzten Geißberghalle zwei anerkannte Referenten. In ihren Vorträgen wurden die ökologischen Folgen von Windrädern im Wald und die grundsätzlichen wirtschaftlichen Risiken der Windkraft erläutert.

Den Anfang machte Prof. Dr. Nico Goldscheider, Professor für Hydrogeologie am Karlsruher Institut für Technologie und gefragter Spezialist für Wasser und Umwelt. Waldgebiete wie der Gerechtigkeitswald, so Goldscheider, sind hochsensible Ökosysteme, die durch die Zerstörung des Waldbodens ihre Fähigkeit verlieren, Folgen des Klimawandels wie Hochwasser, Dürren und Grundwasserneubildung auszugleichen. Auch weitreichende Risiken wie die Kontamination mit Schadstoffen oder Brände sind, bezogen auf die Gesamtlaufzeit, nicht auszuschließen.

Der Bau von sieben Windkraftanlagen im Gerechtigkeitswald würde zu einer Entwertung der Landschaft und ihrer natürlichen Ressourcen beitragen. Dies, so Goldscheider, droht in ganz Baden-Württemberg, wo in einem der beliebtesten Tourismusgebiete Deutschlands in den nächsten Jahren rund 2.500 Windräder stehen könnten. Beim Bürgerentscheid geht es deshalb, so sein Fazit, um die Abwägung zwischen kurzfristigem Profitstreben und dem nachhaltigen Erhalt von Landschaft, Umwelt und Lebensqualität.

Im Anschluss beleuchtete Dr. Detlef Ahlborn vom Verein Vernunftkraft e.V. anhand von Zahlen und Grafiken die ökonomischen Aspekte der Windkraft in Deutschland. Der Ausbau der Windkraft sei, so Ahlborn, weder ökologisch noch ökonomisch nachhaltig. Er verwies auf die hohen Systemkosten durch den Netzausbau und die Vorhaltung von Backup-Systemen in Zeiten, in denen weder Wind noch Sonne ausreichen, um die benötigte Strommenge bereitzustellen. Zur Größenordnung rechnete er vor: Um in Deutschland 550 TWh Windstrom zu erzeugen, würden zusätzlich rund 40.000 Windräder neuester Bauart benötigt – mit erheblichen Auswirkungen auf die Landschaft. Überschussstrom, der wegen fehlender Verbrauchs- und Speichermöglichkeiten entstehe, bezeichnete er als „Energemüll“, der teils zu Dumpingpreisen exportiert werde; zugleich verwies er auf hohe volkswirtschaftliche Kosten durch Abregelung und Wertverluste.

Ahlborn forderte eine technologieoffene Energiepolitik, mehr Transparenz bei Kosten und Folgen sowie eine stärkere Berücksichtigung von Bürgerinteressen und Naturschutz.

In der sich anschließenden Diskussion appellierte der Unterhaugstetter Ortsvorsteher Martin Krauth an die Simmozheimer, auch die Interessen der Nachbargemeinden zu berücksichtigen. Bei einer Bürgerbefragung vor Ort hatten sich 76% gegen Windräder im Gerechtigkeitswald ausgesprochen.